

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 RM., vierteljährlich 4,50 RM.; durch die Post bezogen monatlich 3 RM., vierteljährlich 9 RM. — Veranlagungsanzeigen kosten pro Zeile 75 Pf. — Preis- und Geschäftsbedingungen werden nicht angeschlossen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schüb; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Mittelstr. 38-42, Telefon-Nr. 83, 83 u. 93. Telegr.-Adr.: Mittelstr. 38-42.

Brauchen wir Unternehmer?

In der „Betriebsrätezeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erschien vor Monaten ein Aufsatz, in welchem die Beantwortung obiger Frage versucht wurde. Man kann nicht sagen, daß der Schreiber mit aller Gründlichkeit diese Frage unterfucht hätte, und wer die Organisation und den Charakter des Grubenkapitals kennt, staunt über die so leichtfertig erfolgte Beantwortung dieser Frage: „Ja, wir brauchen sie (die Unternehmer d. B.) mehr denn je.“ Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert in der Entschließung, welche in der Berliner Ausschußsitzung am 19. und 20. Januar d. J. angenommen wurde, von der Reichsregierung „die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues“. Es heißt in dieser Entschließung: „Die Ausbeutung der Kohlenvorkommen wird den bisherigen Besitzern gänzlich entzogen und gemeinwirtschaftlich organisiert.“ Wenn nun ein von demselben Bund herausgegebenes Organ die Betriebsräte gegenteilig belehrt, so ist dies ein Vorgehen, welches zu Verwirrungen beitragen muß. Dies ist jedoch nicht die Ursache, weshalb hier darüber geschrieben wird, sondern die Tatsache, daß die Unternehmerpresse mit solchen Neußerungen ihre Position zu stärken und die Notwendigkeit der naturwidrigen, kapitalistischen Wirtschaftsordnung nachzuweisen versucht, zwingt uns dazu. Gewiß können über die Wege zur Gemeinwirtschaft Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein, wenn die Diskussion jedoch so weit führt, daß der Gedanke an sich darunter leidet, dann wird es Zeit, daß man sich besinnt.

Die Diskussion über die Sozialisierung hat es nun schon so weit gebracht, daß ein Verfechter privatkapitalistischer Wirtschaft — H. Baare — in Nr. 27 der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ sich wundert, warum denn überhaupt noch über die Sozialisierung geredet wird, nachdem „einseitige Führer und Theoretiker der Sozialdemokratie längst und laut genug erklärt haben, daß man heute an solche gefährliche Experimente, wie die Sozialisierung, nicht denken darf“. Immer noch Sozialisierung? fragt Baare und legt einen solchen hindisch-naiven Ton in seine Ausführungen, daß der Befangene den Anschein gewinnen muß, als sei die Sozialisierung nur noch aller Krampf. Zur Abklärung sei diesen Leuten jedoch gesagt, daß jene „einseitigen Führer und Theoretiker“ zum weit größten Teil mit der Arbeiterbewegung gar nichts zu tun und sich selbst außerhalb gestellt haben. Die Anbeter des goldenen Kalbes mögen diese, wie a. a. O. Ungar und dergl. m., ruhig zu den übrigen zählen.

Unter der gleichen Überschrift „Brauchen wir Unternehmer“ schreibt Syndikus Dr. W. Wagner in Nr. 26 der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ und versucht, die in der „Betriebsrätezeitung“ gebotenen Chancen zugunsten der Unternehmer auszunutzen. Unter ausdrücklichem Hinweis auf den Charakter der Betriebsrätezeitung sagt er: „Es ist beachtenswert, daß hier von einer Stelle, der sonst die Sozialisierung nicht schnell genug gehen kann, die Vorzugstellung des freien Unternehmers in so treffender Weise gegenüber den reinen Verwaltungsbetrieben geschildert wird.“ Dadurch soll der Anschein erweckt werden, als vertritt der DGB diese Ansicht. Dazu ist zu sagen, daß es sich hier nur um die Ansicht des Verfassers — Dr. Alfred Striemer — handelt, welcher seinen Aufsatz nicht nur in der Betriebsrätezeitung veröffentlichte, sondern diesen auch die AWA verbreiten ließ. In Bergarbeiterkreisen dürfte er auch nicht einen einzigen Menschen finden, der sich mit dieser Ansicht einverstanden erklärt. Weil die Werkpresse jedoch immerzu ihren Sarg daraus jagt, wollen wir kurz auf den Striemerschen Aufsatz eingehen.

Die Vorzüge der Unternehmerbetriebe gegenüber den Verwaltungsbetrieben schildert Striemer sinngemäß folgendermaßen: Die Unternehmerbetriebe sind erfolgreicher, „weil sie schnell zuzufassen und handeln können“. Die Folge ist, daß überall dort, wo Unternehmer wirken, das Wirtschaftsleben in ideenreichem Spiel sprudelt, wo Verwaltungen arbeiten, die Geschäfte in ruhigem, gleichmäßigem Fluß sich abwickeln.“ Die Naturkräfte werden am besten ausbeutet, wenn möglichst viel Menschen über materielle Mittel zu ihrer Ausnutzung verfügen und ein selbstverantwortlicher Unternehmer arbeitet mit „erheblich geringeren Verwaltungskosten als eine Behörde“. In Unternehmerbetrieben sind „Anpassungsmöglichkeiten an die Individualität in viel höherem Maße gegeben“. Das Privateigentum ist auch ein Schutz gegen das verfallende Wirtschaften aus dem „großen Topf“, der Gemeineigentum ist.“ Der Arbeiter hält sein eigenes Werkzeug besser als das gestiefelte.“ Viele andere wichtige Vorteile sprechen für den Unternehmerbetrieb, kamentlich den mittleren Umfanges, den der Unternehmer selbst übersehen kann.“ Auf die Einwendungen gegen den Unternehmerbetrieb eingehend, sagt Striemer, daß durch das sparsamere Wirtschaften derselben „eine höchst verwerfliche Wirtschaft durch das freie Spiel der Kräfte, durch Ueberfüllung, durch ungehinderten Zugang neuer Unternehmung über den Bedarf“, entstehen kann. Eine planmäßige Gütererzeugung verbilligt die Produktion durch Spezialisierung, Normierung,

Transportersparnisse usw. Nun sei aber aus diesen Gründen keine Sozialisierung notwendig, da auch die Unternehmer begonnen haben, „auf dem Wege der Gemeinschaftsarbeit planmäßige Produktion zu treiben“ und sich „an die Forderung der sozialistischen Wirtschaftsweise“ anzupassen. Der Versuch, sich nicht der Einzelmensch, auf Kosten der Allgemeinheit bereichern, jedoch erfolgt auf dem Wege der organischen Fortentwicklung eine Sozialisierung des Unternehmers, die mit dem Aufbau der Betriebsdemokratie durch das Betriebsrätegesetz“ usw. ihren Anfang genommen hat. Zum Schluß sagt Striemer, daß am Vorabend eines riesigen Umstellungs- und Anpassungsprozesses den Unternehmern die Aufgabe zufällt, „die Form der Wirtschaft zu suchen, die am ehesten die ungeheure Last der Wiedergutmachung zu tragen können“. Wenn wir uns die Frage stellen: Brauchen wir Unternehmer? so antworten wir: Ja, wir brauchen sie mehr denn je.“ Die Unternehmer sollen das Meisterstück ablegen und die von den Begnern gestellte Aufgabe — die phantastischen Milliardenziffern — lösen. Wir werden sehen, ob das Unternehmertum die Aufgabe lösen oder zusammenbrechen wird.“ Das ist der wesentliche Inhalt des Striemerschen Aufsatzes.

Wir glauben, daß wenige Sätze genügen werden, um Striemer vom Gegenteil zu überzeugen. Nebenher sei gesagt, daß wir uns einen „sozialisierten Unternehmer“ nicht recht ausmalen können. Die Arbeiterzeitung versteht darunter einen „sozial denkenden Unternehmer“ und gibt Striemer Recht. Im übrigen hat Striemer seine Vergleiche nur zu sehr auf die heute bestehenden „Verwaltungsbetriebe“ eingestellt, deren heutige Form ebenfalls eine Aenderung erfordert und diese auch gefordert wird. Die Ausdrucksweise ist eine andere, sinngemäß verfallt er jedoch in das nämliche Geleise der Unternehmerverfechter, welche zu ihrer Verteidigung auf die Post und Eisenbahn verweisen; Hinweis, über die man wirklich gar nicht mehr reden. Der Hinweis auf Unternehmerbetriebe „mittleren Umfanges“ hat etwas für sich, was hat dies jedoch mit den großen Betrieben der Schwerindustrie zu tun? Noch viel unverständlicher ist die Angewiesung der „Anpassungsmöglichkeit an die Individualität“ in der Gemeinwirtschaft. Soll denn dort nicht die Möglichkeit gegeben sein, der Intelligenz, der Wissenschaft, noch freiere Bahnen zu schaffen als in dem engen Gehäuse des Privatbetriebes? Kann ferner in der Gemeinwirtschaft nicht die Möglichkeit geschaffen werden, daß der Arbeiter auf „sein“ Werkzeug achtet und das Wirtschaften aus dem „großen Topf“ vernünftig geregelt werden? Die gemachten Einwendungen hiergegen sind nicht tiefgründig und keine Aufgabe ist leichter zu lösen als diese. Selbst die „heutigen“ Verwaltungsbetriebe sind in der Lage, mindestens ebenso gut zu wirtschaften, wie die privaten Betriebe. Im Bericht der Kommission zur Untersuchung der Betriebsverhältnisse der staatlichen Bergwerke heißt es, daß die Leistungen der Arbeiter und Angestellten bei den Staatswerken hinter den Leistungen der Privatindustrie nicht zurückstehen.

Wir dürfen nicht unsere Wirtschaft in die Hände unserer Unternehmer legen, um zuzusehen, ob diese „die Aufgabe lösen oder zusammenbrechen“. Gewiß werden diese „ihre Aufgabe“ lösen, „ihre“ Betriebe hochbringen auf Kosten der Allgemeinheit. Nur ein naiver Mensch kann glauben, daß der Individualist seine Kalkulation auf das Wohlergehen der Allgemeinheit einstellt. Wer den „Sprudel eines ideenreichen Spiels“ kapitalistischer Initiativegeistes sehen will, der betrachte sich nur unsere Kali- und Erzindustrie; die Augen laufen ihm über bei diesem Sprudel der Geldsüchler. Nicht einmal bei normalem Gang der Dinge kann die privatkapitalistische Wirtschaft sich den Verhältnissen anpassen und wird uns auch in der Zukunft in periodische Krisen bringen, unter welchen die arbeitende Bevölkerung zu leiden hat und die Volksgesundheit untergraben wird. Rücksichtslos geschieht dieses, denn der Bestehende kennt keine Not, keinen Hunger.

Neben diesen Dingen muß man die privatkapitalistische Wirtschaft auch von der politischen Seite nehmen. Durch die Verkrüftung und Monopolisierung ganzer Industriezweige gewinnt die Schwerindustrie eine gefährliche, politische Macht, die wir nicht auf unser Gewissen laden können. Beachtenswert ist, was unser Kamerad Hue auf dem Siebener Verbandstag darüber gesagt hat. Im übrigen spielt der „ideenreiche“ Initiativegeist der Schwerindustrie heute eine solch klägliche Rolle, die wirklich beschämend ist. Während die Kapitalisten in der Kriegszeit auf Kosten der Allgemeinheit Riesenerlöse einheimsten, die Wirtschaft ruinierten, besteht ihre Kunst heute darin, sich die Preise durch die Reichsregierung erhöhen zu lassen — ein Kunststück, für welches wir keine „Unternehmer“ brauchen.

Nein, wir brauchen keine Unternehmer, Leute, welche eine von den Monopolisten anerkannte und gepriesene Wirtschaftspolitik treiben, können erleben, daß sie bei einer Rückschau sich alle, von den Arbeitermassen verlassen, finden. Dann werden sie wohl den Arbeitsschütteln und sich über den „Ueberstand der Massen“ wundern.

Folgen der Aufhebung der Binnungsverkehrsbeschränkungen für Brotgetreide und sind jene Preise, die sich für die Aufhebung eingefest haben, verpflichtet, jetzt auch für einen angemessenen Lohnausgleich einzutreten.

Wir werden gar bald sehen, wie weit jene Preise dazwischen zu gehen. Sind uns doch Genitumsminister bekannt, die allen Ernstes einen weiteren Lohnaufstieg trotz der Feuerung nicht anerkennen wollen. Sie werden auf den festesten Widerstand der Bergarbeiter und deren Organisationen stoßen. Am Freitag, den 19. August, wird der erste Verhandlungstag

einer Entscheidung kommen werden. Je nachdem diese ausfallen, werden die am Bergbau beteiligten Arbeiterorganisationen dazu Stellung nehmen und ihre Entscheidungen fällen.

Das aber mögen sich beide merken, Arbeitgeber und Regierung, die Bergarbeiter müssen in allen Revieren eine Lohn-erhöhung haben in anbeacht der gesteigerten Preise.

Sie wollen das Glend nicht sehen!

Eingaben über Eingaben haben wir an die Regierung gerichtet mit der Aufforderung, endlich eine Verordnung zum § 180 der RVO. herauszugeben, um durch Erhöhung des Grundlohnes zur Festsetzung höherer Krankengelder schreiten zu können. Am 1. April vergangenen Jahres hätte auch die Regierung mit Zustimmung des sechsten Wirtschaftsausschusses und des Reichsrats eine Verordnung erlassen, die mit der Verkündung Gesetzeskraft erhielt. Sie lautete:

„Der § 180 der Reichsversicherungsordnung erhält folgende Fassung:

Die baren Leistungen der Rassen werden nach einem Grundlohn bemessen. Als solchen bestimmt die Satzung entweder den durchschnittlichen Tagesentgelt der Mitglieder oder den durchschnittlichen Tagesentgelt der einzelnen Versicherten. Den durchschnittlichen Tagesentgelt kann sie nach denjenigen Klassen von Versicherten, für welche die Rasse errichtet ist, oder stufenweise nach der verschiedenen Lohnhöhe der Versicherten festsetzen.

Die Festsetzung nach dem durchschnittlichen Tagesentgelt bedarf der Zustimmung des Oberversicherungsamtes (Beschlußammer).

Für freiwillig Beitretende, für die sich hiernach kein Grundlohn ermitteln läßt, bestimmt ihn die Satzung.“

Sofort nach Erlass dieser Verordnung fand eine Sitzung im Bochumer RW. statt, wo sich die Werkvertreter bereit erklärten, der Verordnung gemäß der Erhöhung des Grundlohnes in der höchsten Klasse auf 50 Mk. zuzustimmen. Dadurch wäre das Krankengeld für Ledige auf 90 Mk. heraufgesetzt worden. Verheiratete würden pro Kind 2,50 Mk. mehr erhalten haben, so daß bei drei Kindern 37,50 Mk. Krankengeld herauskam oder 75 Prozent des Grundlohnes von 50 Mk.

Unsere Kameraden waren erfreut darüber, daß endlich ein Krankengeld gezahlt werden sollte, bei dem die Krankentenden mit ihren Familien wenigstens nicht mehr direkt Hunger zu leiden brauchten.

Die Freude war aber zu früh. Man hatte die reaktionären bürgerlichen Parteigänger vergessen, die nicht begreifen können und wollen, daß auch der fränke Arbeiter und seine Familie leben will. Diese waren mit der fortschrittlichen Verordnung nicht einverstanden. Sie gingen ja ins Bad, wenn sie erkrankten, dort fehlte es ihnen auch nicht an Brötchen und kräftigen Speisen, was brauchte der Arbeiter so anspruchsvoll zu sein, auch leben zu wollen, wenn er krank feierte, der kapitalistischen Gesellschaft, also keine Gewinne brachte. Nicht Unternehmer waren es, die dem Arbeiter das höhere Krankengeld nicht gönnten, nein, Leute von echt christlichem Schlage ließen sich dazu gebrauchen, den Antrag des „Demokraten“ Parität mit zu unterschreiben und die Regierung zu zwingen, ihre Verordnung zurückzuziehen und die Erhöhung des Krankengeldes zu bereiteln.

Der Antrag Bartshat, der am 21. April 1920 in der Nationalversammlung eingebracht wurde und der auch trotz des schärfsten Widerstandes der sozialdemokratischen Parteien Annahme fand, lautete:

„Bartshat und Genossen. Die Nationalversammlung wolle beschließen: die auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft vom 17. April 1919 (RGBl. S. 394) vom 6. Ausschuss am 31. März 1920 beschlossene Verordnung über die Herabsetzung des Grundlohnes und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung aufzuheben und die Regierung aufzufordern, alsbald den Entwurf einer neuen Verordnung vorzulegen.“

Berlin, den 21. April 1920.

Bartshat (Demokrat), Andre (Zentrum), Trimbom (Zentrum), Dr. Brauns (Zentrum), Dr. Beder, Hessen (D. Vpt), Weinsäufen (Dmitl).“

Es war wieder einmal gelungen, Maßnahmen der Regierung, die für die Arbeiterkraft Gutes brachten, durch die Annahme dieses Antrages zu vereiteln. Sogar Herr Dr. Brauns, heute wohlbestallter Reichsarbeitsminister, ließ sich damals dazu herbei, den Antrag mit zu unterzeichnen. Er war also auch ein Gegner der Regierungsverordnung und nicht dafür zu haben, daß mehr wie 22,50 Mk. täglich an Krankengeld gezahlt werde. Wir glauben kaum, daß er und seine Kollegen, selbst ohne Mitglieder, bei Krankheit mit dieser Summe auskommen. Man braucht sich aber auch nicht mehr darüber zu wundern, daß heute, wo Herr Brauns Arbeitsminister ist, vergebens auf eine Verordnung zur Erhöhung des Krankengeldes gewartet wird. Deshalb war man damals gegen die Regierungsverordnung, weshalb wurde der Antrag Bartshat gestellt, so fragen unsere kameraden. Auch wir fragten so und suchten in dem fenolographischen Bericht nach den Ursachen, die für die Antragsteller Bartshat und Genossen maßgebend waren, den Arbeitern ein höheres Krankengeld zu ermöglichen. Da finden wir, daß der Abgeordnete Franz Wehrens, der in der Nationalversammlung, trotzdem er lange im Gewerksverein sozialistischer Bergarbeiter eine große Rolle spielte, sich nicht entblödete, seine Stellungnahme unter anderem mit folgenden Worten „Arbeiterfreundlichen“ Tiraden zu begründen:

„Über man darf nicht durch die Befähigung der gesetzlichen Bestimmungen geradezu einen Krieg dazu geben, die Rassenleistungen auszubedenken. Die Verordnung, die vor einigen Tagen vom 6. Ausschuss verabschiedet worden ist und die die Antragsteller, zu denen auch meine Freunde gehören, außer Kraft zu setzen beabsichtigen, ist im Ausschuss eine Befähigung erlangt, die die Krankenversicherung sehr ernstlich bedroht und die Simulation und die ungeliebteste Handlung“

Zur Lohnfrage im Bergbau.

Am Freitag, den 29. Juli, fand in Berlin eine aus allen deutschen Bergbaurevieren von den vier Bergarbeiterverbänden besuchte Konferenz statt. Eingehend wurde die Lage in den einzelnen Bergbauarten und Revieren beraten und einstimmig beschlossen, eine Lohnbewegung für den gesamten Bergbau einzuleiten. Die Ursachen hierzu sind in der seit länger Zeit eingeleiteten sprunghaftem Lohnerhöhung für Lebensmittel und Bedarfs-

Herr Feder aus Arnberg, Zentrumsmann und Freund der christlichen Gewerkschaften, glaubte...

Wollenbühr, der alte Kämpfer und Sozialist, verteidigte die Regierungsverordnung und wandte sich mit folgenden Ausführungen gegen die Kartellkammer:

Ich muß sagen: Ich hätte nicht erwartet, daß irgendein Bedenken dagegen geltend gemacht wird, daß man bei der Reichsversicherungsordnung...

Aber die Herren, die sonst von Worten der Barmherzigkeit überflossen, ließen die Worte Wollenbührs zu dem einen Ohre herein, zum anderen heraus...

Im Herbst 1920 wandten wir uns nochmals, aber vergebens, an die Regierung, um Erhöhung des Grundlohnes zur Verrechnung des Krankengeldes...

Mittlerweile hat der Preis der verschiedenen Lebensmittelprodukte weiter angezogen, Lohnerhöhungen sind erfolgt...

Doch die übrige Arbeiterchaft wird nicht geduldig zusehen, ihre Brüder vom Sensenmann dahingemäht werden...

Alle Kräfte aber, die es gut meinen mit der Arbeiterchaft, vor allem der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund...

Der Verbandsvorstand wandte sich an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund mit dem Ersuchen, dieser möge als Vertreter der freigewerkschaftlichen Organisationen...

An der Arbeiterschaft liegt es zur mit überall in ihren Versammlungen und Konferenzen, den einheitlichen Willen kundzutun...

Soziales Recht - Arbeiterversicherung

Im Hinblick auf die Veröffentlichung des Artikels über das neue Sozialgesetz...

Der Verdienst für Ueberarbeit nicht mehr abzugestrichen. Er wird dem gewöhnlichen Lohn gleich behandelt.

Der Aufschlagbetrag von 15 M. monatlich für Werbungskosten (z. B. Kosten der Arbeitskleidung, Fahrgehalt zur Arbeit, etc.)...

Die Vollstreckung, wonach die Arbeiter sich selbst abzugeben dem Lohnen abgeben, ist nicht schon jetzt sondern erst ab 1. Januar 1922...

Nachrichten aus der Montanindustrie

Kohlenförderung in Deutschland. In den deutschen Revieren, ohne Saar-Pfalz, hat im 1. Halbjahr 1921 die Steinkohlenförderung fast 61 Mill. Tonnen betragen...

Table with 6 columns: Month, Steinkohlen, Braunkohlen, Holz, Braunkohlen aus Steinkohle, Produktion aus Braunkohle (aus Wäldern), Produktion aus Braunkohle (aus Bergbau). Rows for Jan-Jun 1921 and Jan-Jun 1920.

Die Braunkohlenförderung ist bedeutend über die im letzten Friedensjahr erreichte Menge hinaus gestiegen. Der Absatz läßt in manchen Revieren viel zu wünschen übrig.

Entwicklung der Stein- und Braunkohlenförderung

Table with 4 columns: Year, Braunkohle, Steinkohle, Braunkohle und Steinkohle ges. Rows for 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920.

Sierbei ist zu beachten, daß in den Ziffern für 1919 und 1920 die französische Steinkohlenförderung nicht mehr enthalten ist.

Abgabe in der Rastindustrie

Table with 4 columns: Month, K.O., Ausland, Summe. Rows for 1. Halbjahr 1920, 1. Halbjahr 1921, Juli 1920, Juli 1921, 1. Januar bis 31. Juli 1920, 1. Januar bis 31. Juli 1921.

Namentlich der Auslandsabsatz ist bedeutend zurückgegangen. Aber auch die einheimischen Konkurrenzwerke wissen nicht mehr wozu mit ihrer Produktion.

Schlußwort aus der Rastwirtschaft

Es ist nicht mehr unbekannt, daß die Rastindustrie im vergangenen und in diesem Jahre mit gewaltigen Absatzrückgängen zu kämpfen hat.

Durch die neuere Verleumdung der Rastwirtschaft durch die Kartellkammer werden wir aber in unserer großen Ueberzeugung eines anderen Gesichtspunktes...

also heute, im Gegensatz zu ihrer vorjährigen Darstellung die Lage ganz anders dar. Dabei ist zu beachten, daß die im Vorjahre als außerordentlich bargestellte Lage der Rastindustrie...

Damit steht also fest, daß die Rastindustrie die ganz gewaltigen Exportgewinne reslos in ihre Tasche gesteckt haben. Es ist freilich eine sehr eigenartige Auffassung...

In kommenden Jahren erlebt man wohl, daß alle Berichte der Rastindustrie tendenziös gefälscht werden. Das Auftreten der Herren aus der Rastindustrie bei allen Verhandlungen...

Der Braunkohleerzeugung

hat auch schwer unter der Weltwirtschaftskrise zu leiden. Eingeklemmt zwischen drei größeren industriellen Konkurrenzstaaten...

Die Bergwerksindustrie Luxemburgs

Interessant ist die Feststellung, daß die Zunahme des Exportes nach dem unbesetzten Gebiet Deutschlands viel größer gewesen ist als die Zunahme nach dem besetzten Gebiet.

Table with 3 columns: Defizites deutsches Gebiet, richtiges Rheinufer, Frankreich, Belgien. Rows for 1919, 1920.

Im ganzen 1 207 520 T. 2 042 899 T. Interessant ist die Feststellung, daß die Zunahme des Exportes nach dem unbesetzten Gebiet Deutschlands viel größer gewesen ist...

Aus der Tarifvertragspraxis

Diese Musterzüge der guten Ordnung, schwindet nicht aus unserer Betnung. Schon vor dem größten Unglück haben wir uns oft damit beschäftigt...

An Arbeitspunkten mit einer Temperatur von mehr als 28 Grad Celsius beträgt die Arbeitszeit vor Ort 6 Stunden und die Schichtzeit 6 Stunden.

Es scheint dies doch eine eigenartige Betriebsleitung zu sein. Das Vergleichen kennt sie nicht und leidet nach der Meinung des Oberbergamts...

Conderamachungen von der einen oder anderen Seite, die den Bestimmungen dieses Vertrages zuwiderlaufen, dürfen nicht getroffen werden.

Nachdem im Württemberg brennt den Vertrag

Nachdem der Abgestimmte im Württemberg brennt den Vertrag, gab die Direktion der Grube Nordberg...

Von den Betriebsräten.

Ergebnis der Betriebsräteahlen im Ruhrgebiet.

Der Besondere im Ruhrgebiet hat eine Statistik über die am 15. Juni stattgefundenen Betriebsräteahlen aufgestellt. Sie läßt uns über allen Dingen erkennen, in welcher Weise die Berufstätigen der Bergarbeiterschaft betrieben worden ist.

Nach der Zählung des Besonderen verteilten sich die Betriebsräte wie folgt:

Table with 6 columns: Name of organization, Total members, and sub-categories for workers and management. Includes 'Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund', 'Deutscher Bauarbeiterverband', etc.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Betriebsratsmitglieder somit von 2500 auf 2676 gestiegen (7,04 Prozent), die der Arbeiterräte von 2321 auf 3007 (6,59 Prozent), während die Mitgliederzahl der Betriebsausschüsse um 86 (von 773 auf 859) oder um 11,18 Prozent stieg.

Mülheimer Bergwerksverein und sein Betriebsrat.

Die einzelnen Betriebsräte der Schächelanlagen des RWB. haben zur besseren Wahrung ihrer Interessen seit Jahresfrist einen Gesamt-Betriebsrat errichtet. Dieser Körper hat absolut keine Gegenstände bei der Verwaltung. Die Verwaltung ist unermüdlich bestrebt, die ihr so unangenehme Einrichtung zu sabotieren und sie in ihrer Tätigkeit lahm zu legen.

entschieden, daß die Verwaltung des RWB. dem Betriebsrat die entfallenden Posten auslagern zu vergüten habe, aber der RWB. zahlte nicht. Um zu seinem Gebilde zu kommen, war der Betriebsrat gezwungen, einen gerichtlichen Zahlungsbefehl gegen die Verwaltung des RWB. zu erwirken.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Die neuen Preissteigerungen.

Eine neue große Preissteigerung ergreift sich über das deutsche Volk. In der enormen Erhöhung des Brotpreises findet sie im Augenblick ihren schmerzhaftesten Ausdruck.

Die Gewerkschaften haben im letzten Winter sich ernsthaft bemüht, auf einen Preisabbau hinzuwirken. Leider vergebens. Der RWB. hat auch rechtzeitig und wiederholt seinen Einfluß geltend gemacht, um die Brotpreissteigerung zu verhindern.

Im Falle einer Erhöhung des Brotpreises eine entsprechende Regelung der Löhne folgen mußte, wenn nicht durch eine inwärtigen eingetragene Preissteigerung anderer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs bereits ein Ausgleich geschaffen sei.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß die nun leider nötig gewordenen Lohnerhöhungen auf neue Preissteigerungen wirken müssen. Schon früher haben sie nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen unangenehmen Kreislauf mitmachen.

Solange jedoch, bis dies gelungen ist, bleibt der Arbeiterschaft kein anderer Weg als der, durch ausreichende Lohnerhöhungen sich einen Ausgleich für die fortschreitende Teuerung zu schaffen.

Unsere Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen Reich rufen wir hiermit auf, einzutreten und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzutreten. Früher und schwieriger als jemals sind die uns bevorstehenden Aufgaben. Die Gewerkschaftsleitungen sprechen vor ihnen nicht zurück, sie werden tun, was ihre Pflicht ist.

Aus der Berliner Unterhaltungskasse sind 345 000 RM. verschwunden. Das Geld ist von den zwei kommunistischen Treuhändern Paul Ederl und Karl Gagen von der Bank abgehoben und zu unbrauchbaren Zwecken verbraucht worden.

Nach dem großen Januarstreik im Jahre 1918 wurde von den Berliner Gewerkschaften eine Untersuchungskommission gebildet, mit der Aufgabe, die Inhaftierten und wegen ihrer Ueberzeugung Leidenden samt ihren Angehörigen zu unterstützen.

Internationale Rundschau. Vom Nierenkampf der britischen Bergleute.

Zu dem Bericht über die am 1. bis 3. d. M. in Haag abgehaltene Sitzung des Internationalen Bergarbeiterkongresses möchten wir ergänzend nachtragen, was Kamerad Gogge über Entstehung und Verlauf des großen Lohnkampfes in Großbritannien mitteilte.

Der britische Bergbau wurde 1918 unter die Kontrolle der Regierung gestellt. Diese Kriegsmaßregel sollte ihr gesetzliches Ende finden am 31. August 1921. Auf Grund dieses Kriegsgesetzes kontrollierte ein staatliches Amt die Förderung, Verteilung, insbesondere die Ausfuhr der Kohlen, bestimmte Verkaufspreise, die Ausgaben für Arbeiterlöhne und Unternehmerrgewinne.

Die Zahl der Angehörigen belief sich auf über eine Million. Die anfänglich auch eingestellten Notstandsarbeiten wurden auf Beschluß der Bergarbeiterorganisation nach kurzer Frist aufgenommen. In dem Glauben, mit Hilfe der Transport- und Eisenbahner (Dreibund) in wenig Wochen die Aussperrung mit Erfolg für die Arbeiter deselbigen zu können, unterließ es leider die Führung der britischen Miners-Federation, die Bergarbeiterinternationale zur Beratung einer internationalen Hilfsaktion einzuberufen.

Bedarfs reichte (die Güten, Eisen, Stahl, Maschinen, Schiffbauindustrie usw. kam schließlich fast ganz wegen Kohlenmangel zum Erliegen), so erschwerte diese Einfuhr doch den Bergarbeiterkampf in fühlbarer Weise. Wiederholte Versuche, im Verlaufe des Kampfes die Schiffseute und Hafenarbeiter in England und im Auslande zur Verweigerung der Kohlenlieferungen zu veranlassen, hatten nur vorübergehenden Erfolg, weil die rechtzeitige Vorbereitung für eine solche internationale Arbeitshandlung nicht getroffen war seitens der Nichtbeteiligten.

Aus Elsass-Lothringen.

Die lothringischen Kohlenzechenbesitzer haben den Arbeitervertretern in einer Sitzung zu Zabazou erklärt, daß 15. August würden zwei Franc, am 1. September ein Franc, und der Rest der bisher gezahlten Teuerungszulage (4 Franc täglich) ebenfalls kurz darauf in Abzug gebracht.

Moskauer Lügenberichte.

Die moskowitzische Presse berichtet über einen „großen Erfolg der Roten Gewerkschaftsinternationale in England“. Der Verbandstag der Bergarbeiter Südwales habe mit 120 gegen 63 Stimmen den Anschluß an Moskau beschlossen.

Hilfe für Rußland.

Wie aus der Tagespresse bekannt, ist in Rußland auf großen Landstrichen durch Sommerdürre und Brände die Ernte vernichtet. Millionen russischen Volkes sind der Verhungung durch den Hunger preisgegeben.

Es fehlt uns aber nicht an Mitgefühl mit den notleidenden... zuffigen Arbeitsbrüdern und wir wollen auch den Gedanken weihen...

Wie aber können wir unsere Solidarität mit den Arbeitern... Lande bekunden, wie können wir ihnen in ihrer schweren Not helfen?

Proleten und Geldmittel gegen die Hungersnot müssen aus... den reichen Ländern kommen, sie können unendlich aus dem armen...

In Berlin hat sich am 1. August ein Hilfskomitee zu diesem... Zweck gebildet, in dem auch der Vorstand des ADGB durch seinen...

Wir werden die Genossen im Reich rechtzeitig darüber unter... richten.

Berlin, den 3. August 1921

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Th. Veiparr.

Bergarbeiterstreik in Kaspar.

Die Verhandlungen mit der Direktion der Grube „Domniale... Min“ haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Belegschaft ist mit einer...

Australischer Arbeiterkongress für Sozialisierung.

Am 22. bis 26. Juni wurde in Melbourne unter Teilnahme von... 300 Delegierten der australische Arbeiterkongress abgehalten, dessen...

Uns dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Kühbild zur Knappheitswahl im Ruhrgebiet.

So betitelt sich eine Notiz im „Bergknappen“ vom 6. August 1921... in der wieder einmal über den Kertzevertrag gesprochen wird. Es ist...

Wir sehen hieraus, daß auch dort, wo die christlichen Gegner... des Kertzevertrages die Mehrheit im Vorstand haben, ein Kertzevertrag...

Daraus erkennt man so recht, daß die Vorstandsstellen im... Bochumer AD nur im Interesse der Mitglieder bestehen, indem sie dem...

Das wissen auch die christlichen Gewerkschafter, aber wenn sie... nicht mehr über den Kertzevertrag und nebenbei noch über Knappheits-

Ein Artikel des Kameraden Sue, der während der Knappheits... wahl erschien, ist dem Schreiber des „Kühbild“ auch an die Kisten...

Diesem Kühbild wurde endlich 1910 völlig ein Ende bereitet, wodurch... nicht zum Schaden der Knappheitsmitglieder, das hätte auch der Ver-

Siedlungsbauten und Sozialpolitik.

Die „Freie Arbeiter-Union“ als getreuer Erbe der deutschen... Bergarbeiter! Schmunzelnd muß man diesen Einbruch geteilt, wenn...

Aber, um nun auch die Sache im Ernst zu behandeln: Kann ein... vernünftiger Arbeiter wirklich auf ein solches Gewächs herabsehen?

Ober ist es vielleicht nur die Hausform, an der er Anstoß nimmt?... Sollen wir statt der kleinen Häuschen mit Garten diesseitig Mietkasernen...

Nein, nein, lieber Leser, die Sache hat einen anderen Galen. Aus... dem Aufsatz spricht nur Sach und Mut darüber, daß hier wieder ein...

Und noch einen Galen entdecken wir. Die ersten paar tausend Sied-... lungsbauten sind fertig; dauernd finden jetzt die Vergabungen statt.

Gelsenkirchen-Moskau. Rüstungsport im Güterwagen.

Unsere teilweise Veröffentlichung des Moskauer Aufrufs an die... kommunistischen Mitglieder der Gelsenkirchener Union, worin auch der...

Schlammel.

Wir stellen Forderungen, von deren Durchführbar-... keit wir überzeugt sind; das geschieht, um die Massen auf-

Wir dürfen keine Angst haben, zu wenig radikal zu sein. Wir... müssen konkrete Vorschläge für das Wiedergutmachungsprogramm...

Also, immer feste druff! Wöhren quatschen, Forderungen stellen... und so tun, als wäre man ein kluger Kommunist, unbekümmert dessen,

Unionisten - Christen - „Generalanzeiger“.

Schon vor einigen Wochen haben die Kameraden der Zeche Hugo... eine in der Zeitschrift „Generalanzeiger“ erschienene Verleumdung, wonach...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Kühbild der Bewegung im Ruhrgebiet.

Der Streik der Angestellten im hiesigen Revier ist am Samstag... den 6. d. M. durch einen Beschluß der am Streik beteiligten Ange-

unionistischen-syndikalistischen Belegschaften wurde dann noch in einer... größeren Konferenz unseres Verbandes am Freitag, den 15. Juli,

Die Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensmänner des... Nachher Reviers erkennt die Beschlüsse der Generalversammlung...

Unsere Mitglieder haben auf Grund dieser Beschlüsse gehandelt... Hingegen kam es fortwährend zwischen den Angestelltenverbänden...

Sollte der Bergarbeiterverband während des Kampfes der Ange-... stellten nicht eine solche entschiedene Haltung eingenommen, so wäre...

Süddeutschland.

Christliche Kampfeswelle.

Auf unsere Richtungsstellung über den in der Schlichtung im Ober-... bayerischen Bergbau gefällten Schiedsspruch und das Antworthalten...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die... 34. Woche (vom 14. bis 20. August 1921) fällig. Wir bitten alle...

An die Zahlheftenlieferer.

Schon zu wiederholten Malen haben wir in der Zeitung und in... Zirkularen auf die Beachtung des § 34 Absatz 4 (richtige Berechnung...

Bücherrevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu... halten, um den Revisoren die Arbeit zu erleichtern.

Krankheitenunterstützungs-Ausschüttung.

Dortmund. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, von... 10 bis 12 Uhr vormittags, beim Kassierer Aug. Galtwig, Götterstr. 22.

Adressenveränderungen.

Gelsenkirchen 9. Der Kassierer Aug. Brojebeck wohnt Ottlilienstr. 16.

Das Protokoll der 23. Generalversammlung ist erschienen. Vorestellungen auf dasselbe werden entgegen-... genommen von den Bezirks- und...

Vielfachem Wunsch entsprechend haben wir Geldkasten be-... schaffte, die wir zu folgendem Selbstkostenpreis an die Bezirks-

Neuester stabiles Format: Länge 35 cm, Breite 25 1/2 cm, Höhe 14 1/2 cm: Preis 275 M. Länge 29 cm, Breite 22 cm, Höhe 12 cm: Preis 250 M.

Zu Selbstkosten haben wir ab: Zeitungstaschen, Leder, 80 M. Zeitungstaschen, grau, Segelisch, 26 M. Zeitungstaschen, braun,